Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5948**

17. Wahlperiode 25. 05. 2011

Antrag

der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Bahrain stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung genehmigte im Zeitraum von 2000 bis 2009 Rüstungsexporte nach Bahrain in Höhe von 22,8 Mio. Euro (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung von 2000 bis 2009). Allein im Jahr 2009 waren es Genehmigungen in Höhe von 2 Mio. Euro, unter anderem für Hubschraubertriebwerke, Sturmgewehre, Maschinenpistolen, Pistolen und Schalldämpfer.

2. Die Bundesregierung hat sich in ihren „Politischen Grundsätzen“ verpflichtet, bei der Entscheidung über Rüstungsexporte „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland […] besonderes Gewicht“ beizumessen (Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000).

   In Bahrain werden grundlegende Menschen- und Bürgerrechte systematisch missachtet. Die schiitische Mehrheit wird durch die sunnitische Minderheit erheblich unterdrückt. Frauen werden im täglichen Leben sowie rechtlich und in der Rechtspraxis in erheblichem Maße benachteiligt. Es gibt kein kodifiziertes Recht, dass die Gleichbehandlung gewährleistet z. B. bei Scheidung, im Erb- und Sorgerecht. Es gibt keine Gesetze, die die Gewalt gegen Frauen, auch in Form von häuslicher Gewalt, unter Strafe stellen. Auch Vergewaltigung bleibt gemäß Artikel 535 des Strafgesetzbuchs in Bahrain straffrei, wenn der Täter das Opfer heiratet (Bericht Bahrain des Committee on the Elimination of Discrimination against Women – CEDAW – vom 7. November 2008).

   Im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Massenprotesten gingen die staatlichen Sicherheitskräfte systematisch und mit unverhältnismäßiger Gewalt gegen Regierungskritikerinnen und Regierungskritiker in Bahrain vor. Einige Gegner des Regimes verloren ihr Leben oder wurden verletzt oder verhaftet (Amnesty International, Evidence of Bahraini security forces’ brutality revealed, 17. März 2011). Das vom bahrainischen König verhängte Notstandsrecht besteht fort. Seit dessen Verhängung sind rund 400 Aktivistinnen und Aktivisten festgenommen worden, drei Menschen sind bereits in Haft – mutmaßlich an den Folgen der Folter – gestorben. Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler werden zur Zielscheibe von königstreuen

Sicherheitskräften, zusammengeschlagen und verhaftet (die tageszeitung, 13. April 2011).

3. Die Bundesregierung hat sich mit dem „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU dazu verpflichtet, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität einer Region als ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung über Rüstungsexporte zu beachten (Gemeinsamer Standpunkt, Artikel 2 Kriterium 4, 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008; GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

   Bahrain liegt in einem Krisengebiet. Seit Jahrzehnten ist die Region von Konflikten – zum Teil offenen Gewaltkonflikten und Kriegen – geprägt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Bahrain mehr zu erteilen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333